



Tagesordnung I Punkt 18 der öffentlichen Sitzung am 16. Juni 2011

Antrags-Nr. 11-F-03-0038

Zeichen setzen gegen Rassismus und Antisemitismus

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.06.2011 -

Am 28. Mai 2011 fand in der Nähe des Hauptbahnhofs eine „Mahnwache“ von 26 Personen, die größtenteils der JN angehören, zum Thema Jugendkriminalität statt. Die Verwaltung der Landeshauptstadt Wiesbaden hatte lediglich eine Verlagerung der Kundgebung ausgehandelt aber nichts unternommen, um den Auftritt dieser rassistischen und antisemitischen Gruppierung zu unterbinden, obwohl die STVV am 25.3.2010 beschlossen hatte „alle rechtlichen und organisatorischen Maßnahmen zu ergreifen, um den (damals angekündigten) JN - Aufmarsch zu unterbinden“.

Ein Verbotsantrag als rechtliche Maßnahme ist ein wichtiges politisches Signal nicht nur gegenüber der Zivilgesellschaft in Wiesbaden, sondern auch gegenüber den Neonazis, weil es ihnen verdeutlicht, dass sie in Wiesbaden nicht willkommen sind.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

den Beschluss der STVV vom 25.3. 2010 „alle rechtlichen und organisatorischen Maßnahmen zu ergreifen, um den (damals angekündigten) JN - Aufmarsch zu unterbinden“ bei jeder angekündigten Aktion von rassistischen und /oder antisemitischen Gruppierungen strikt umzusetzen und nicht nur dann, wenn ein Verbotsantrag bei Anfechtung durch die Neonazis vor höheren Instanzen in jedem Fall Bestand haben wird.

Beschluss Nr. 0263

Der Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.06.2011 betr.

Zeichen setzen gegen Rassismus und Antisemitismus

wird aus Zeitgründen für die Beratung in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 01.09.2011 vorgesehen.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .06.2011

Nickel

Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .06.2011

Dezernat VII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister